



Nr. 470. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 7. October 1880.

Das handelspolitische Verhältnis Deutschlands zu Österreich.

Berlin, 6. October.

Es ist jetzt reichlich ein Jahr her, seit der laute Jubel, der von Wien her erdröhnte aus Anlaß der abgeschlossenen österreichisch-deutschen Entente, sich noch verstärkte, weil bekannt wurde, nicht allein auf politischem Gebiete hätten Fürsten Bismarck und Graf Andrássy sich verständigt, sondern sie seien auch übereingekommen, auf dem handelspolitischen Gebiete sehr weitgehende Erleichterungen zwischen den Nachbarreichen herzustellen. Die Nachricht trat sehr positiv auf und stammte aus offiziösen Quellen; die telegraphischen Bureau waren es ja, denen man alle Nachrichten über jene denkwürdige Entrevue verdankte, und diese konnten selbstverständlich keine Nachrichten bringen, die ihnen nicht mit hoher Autorisation zugegangen waren. Die Nachrichten waren so gefaßt, daß der unbefangene Leser glauben mußte, die beiden Kanzler seien nicht allein von dem Streben beeinflußt, ein handelsfreundliches Verhältnis zwischen den beiden Reichen herzustellen, sondern sie hätten auch schon das Geheimnis entdeckt, wie ein so hoch gestecktes Ziel unbeschadet der sonstigen wirtschaftlichen Anschauungen und allen Meistbegünstigungsklauseln mit andern Staaten zum Trope sich erreichen lässe.

Seitdem ist nichts zu Stande gekommen, als ein ziemlich inhaltleerer provisorischer Vertrag, der am 1. Juli f. S. abläuft, wenn er bis dahin nicht erneuert wird oder etwas Anderes an seine Stelle tritt. Der deutsch-österreichische Handelsvertrag aber erfüllt seitdem seine Funktion als Seeschlange in der Presse, und von Zeit zu Zeit taucht die Nachricht auf, nächstens würden die Verhandlungen ernstlich beginnen. Und das wird für eine lange Zeit nicht anders werden. Ein so inhaltleerer Vertrag, wie derjenige vom 31. December 1879, wird niemals anders als auf einem sehr kurzen Zeitraum abgeschlossen werden, denn niemals werden die beiden Reiche zu der Resignation gelangen, in diesen dürtigen Paragraphen den ganzen Inhalt dessen zu sehen, was sie mit einander abzumachen haben. Nach dem kurzen Zeitraum von höchstens 6 oder 12 Monaten, höchstens von 2 Jahren werden daher die Verhandlungen immer von Neuem beginnen, und jede solche Verhandlung wird eine Mahnung sein, endlich zu einer tiefer gehenden Verständigung zu gelangen.

Die öffentliche Meinung aber beruhigt sich nicht einmal bei diesen periodisch wiederkehrenden amtlichen Verhandlungen, sondern verkündet von Zeit zu Zeit ohne Legitimation auf eigene Hand, daß der Abschluß einer Verständigung bevorstehe, denn die öffentliche Meinung empfindet es sehr wohl, daß hier das Wort des Fürsten Bismarck in starker Weise engagiert ist; sie empfindet eben so sehr, daß Fürst Bismarck sein Wort engagieren mußte, weil die von ihm angebahnte mitteleuropäische Politik eines herzlichen und dauernden Einverständnisses zwischen Deutschland und Österreich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn sie stets auf die Probe von Handelsfeindseligkeiten gestellt wird.

Es geht mit dem Zollkriege ganz genau, wie es mit dem wirklichen Kriege geht; er wird von Zeit zu Zeit unvermeidlich, weil ein Theil oder vielleicht der eine und der andere, sich im Irrthum über die Grenzen seiner Macht befindet. Wie dem wirklichen Kriege, muß auch dem Zollkriege endlich einmal der Friede folgen. Und nach dem Abschluß des Friedens wird wenigstens der eine Theil, vielleicht sogar der eine und der andere, den Wunsch hegen, daß er seine Kräfte bei Seiten genauer gemessen und den Ausbruch des Krieges verhindert hätte. Der Zustand, der sich nach dem Kriege durch den Frieden herstellen läßt, läßt sich jedenfalls auch ohne Krieg auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung herstellen.

Will jemand im Ernst glauben, daß den Schädigungen des Grenzverkehrs, welche der Zollkrieg bei Innam im Gefolge hat, irgend ein Nutzen für eine große nationale Industrie zur Seite steht, daß es nicht für beide Theile am besten wäre, diesen Plackereien ein Ende zu machen? Die gegenseitigen Schädigungen werden endlich zu einem Abkommen zwingen, welches denselben ein Ende macht, und es wäre kein Schade, wenn man schon heute begönne, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie ein solches Abkommen aussehen müßt.

♀

Deutschland.

Berlin, 6. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichtsrath z. D. Kanther zu Liegnitz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Schullehrer Höyer zu Dollern im Stader Geestkreis das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Schiffsfabrikus Saxe in der Kaiserlich russischen Marine den Rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Kaiserlich Königlich österreichisch-ungarischen Vice-Consul Zagorski zu Widdin den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den bisherigen ständigen Hilfsarbeiter beim Reichsbaamt, Regierungsrath Schraut, sowie den bisherigen Königlich preußischen Regierungsrath Triest zu Geheimer Regierungs-Räthen und vortragenden Räthen im Reichsbaamt ernannt.

Se. Majestät der König hat den Historienmaler, Professor Steffed zu Berlin zum Director und ersten Lehrer an der königlichen Kunst-Akademie in Königsberg i. Pr. ernannt; die Wahl des Rectors der lateinischen Hauptschule und Condirectors der Francke'schen Stiftungen zu Halle a. S., Dr. Otto Paul Martin Trück zum Director dieser Stiftungen bestätigt; dem Rittergutsbesitzer und Premier-Lieutenant der Landwehr-Cavallerie, Rudolph Andreas zu Alxleben im Kreise Nordhausen, sowie dem im Dienste des Königlichen Kammerherrn Grafen Hugo Hendel von Donnersmarck stehenden Güterdirector Paul Hoffmann zu Nallo im Kreise Darowiz den Charakter als Economi-Rath verliehen.

Dem bisherigen Professor an der Großherzoglich badischen Kunsthalle zu Karlsruhe, Hans Gude, ist die Leitung eines Meister-Aieliers für Landschaftsmalerei an der Königl. Akademie der Künste in Berlin übertragen worden. Dem Regierungsrath Dr. Biedenweg, bisher bei der Finanz-Direction zu Hannover, ist nach seiner Übernahme in die geistliche und Unterrichtsverwaltung die Stelle des Justiziarus und Verwaltungs-Rath bei dem Provinzial-Schulegicum in Hannover verliehen worden. Der leitende Kreiswundarzt Dr. Telke zu Bobersberg ist zum Kreisphysikus des Kreises Schröda ernannt worden. — Dem commissarischen Kreisphysikus Dr. Heinen zu Gummersbach ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amte, die commissarische Verwaltung der Kreishierarzt-Stelle des Kreises Saarbrücken übertragen worden.

(R-Anz.)

○ Berlin, 6. Oct. [Theilnahme des Kaisers an einem Schulfest. — Emeriten-Gehalt der Lehrer.] Es soll, wie wir hören, in der Absicht des Kaisers liegen, der Einweihungsfest des neu erbauten Joachimsthal'schen Gymnasiums, die auf den 20sten October anberaumt werden dürfte, beiwohnen. — Offiziell wird geschrieben: Es wird berichtet, daß der Cultusminister dem Landtag

eine Novelle, betreffend das Emeriten-Gehalt der Lehrer vorzulegen beabsichtige; ob diese Vorlage bereits dem gegenwärtigen Landtage gemacht werden wird, ist noch zweifelhaft. Es zeigt sich aber dabei wieder, daß wir aus dem Turnus einer Erledigung der einzelnen Zweige des Unterrichtsgesetzes sobald nicht herauskommen werden; das Falsche Unterrichtsgesetz ist bekanntlich vor jeder Beratung im Staatsministerium an einer Abweisung der limine seitens des damaligen Finanzministers Camphausen gescheitert und nie wieder aufgenommen worden, obgleich der Minister Falk noch Jahr und Tag im Amt war. Jetzt kehrt man zu den einzelnen Theilen der Materie wieder zurück.

= Berlin, 6. Octbr. [Militärstrafprozeßordnung. — Material für die Bundesrats-Verhandlungen. — Agitation zur Aufhebung des Civilstandsgeges. — Zeitpunkt der Rückkehr des Kaisers nach Berlin.] Mit der

legislatorischen Förderung der Militärstrafprozeßordnung soll es nun wirklich Ernst werden. Wir haben vor längerer Zeit an dieser Stelle zuerst mitgetheilt, daß der Kaiser die vor Jahren ernannte Immediat-Commission zur Vorberatung dieser Angelegenheit durch Ernennung einiger neuer Mitglieder erweitert hat. Der jetzige General-Auditeur der Armee, Geh. Oberjustizrat Döschläger, hat unter Anleitung an die früheren Arbeiten einen neuen Entwurf ausgearbeitet und der Commission vorgelegt. Allem Anschein nach ist man zu allseitig befriedigenden Resultaten gelangt. Jedemfalls ist der Entwurf jetzt den Bundesregierungen mitgetheilt worden und zwar unter Anheimgabe der Erstattung eines baldigen Gutachtens. Es wird hieraus zu schließen sein, daß es in der Absicht liegt, diese hochwichtige Materie an den nächsten Reichstag zu bringen. — Bezüglich der bevorstehenden Arbeiten des Bundesrates und der im Zusammenhange damit vielfach erwähnten Ministerberathungen hört man jetzt Folgendes: Es ist aus der letzten Session noch eine ganze Reihe von Ausschüssen, ganz oder theilweise für die Plenarberathung vorbereitet, übrig geblieben. Nun will man sowohl diese Arbeiten als auch neu einzubringendes Material zunächst in den Ausschüssen vollständig zum Abschluß bringen und dann erst dem Plenum überweisen, welches dann freilich unter der Theilnahme der Minister der Einzelstaaten die endgültigen Beschlüsse zu fassen haben wird. Gegenüber diesen Thatsachen wird man nicht irren, wenn man annimmt, daß die Ministerberathungen erst kurz vor dem Reichstage, also etwa im Januar, zu erwarten sein möchten. — Die Agitation zur Aufhebung des Civilstandsgeges, welche diesmal von Sachsen ausgeht und aus Mecklenburg ic. unterstützt wird, hat hier nicht überrascht. Man ist auf solche und ähnliche Dinge längst vorbereitet und jedenfalls darauf gesetzt, die Frage an der Hand von Petitionen in der nächsten Reichstagssession zur Debatte gestellt zu sehen. Es ist zweifellos, daß auch von Preußen aus sich manche Stimmen für die Aufhebung der Civillehre äußern werden. Die preußische Regierung wird, wie die Dinge im Augenblicke liegen, sich ablehnend dagegen verhalten. Es ist zwar bekannt, daß man sich nur schwer hier dazu entschlossen hat, das Civilstandsgege, wie wir es jetzt haben, durchzubringen und daß namenlich dem Reichskanzler selbst nicht leicht geworden ist, dazu mitzuwirken. Indessen sieht man das ganze Vorgehen mit dem Geseze doch als eine zu ernste und tiefgreifende Frage an, um dieselbe einer augenblicklichen Strömung wegen schon jetzt wieder nach völlig neuen Prinzipien zu lösen. Es ist nicht anzunehmen, daß der gegenwärtige Chef der Justizverwaltung seine Hand dazu bieten wird, auf diesem Gebiete einen verhängnisvollen Schritt nach rückwärts zu thun. — Der Kaiser durfte zur Gründung des Landtages in Berlin sein, obschon noch nicht feststeht, in welcher Weise die Gründung desselben vollzogen werden soll.

[Der Kaiser beim Kölner Domfest.] Die halbamtl. „Provinzial-Correspondenz“ bestätigt eine bereits von uns mitgetheilte Nachricht, indem sie schreibt: „Unser Kaiser wird auch am Morgen des zweiten Tages dem Domfest in Köln beiwohnen und mit hohem Gefolge den historischen Festzug von der Kaisertribüne auf dem Domhof in Augenschein nehmen.“

[Fragebogen des Justizministers.] Der Justizminister hat, wie der „Germania“ mittheilt wird, den Präsidenten der Oberlandesgerichte eine Anweisung über die Abfassung der von denselben einzureichenden Berichte zugeben lassen. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

„Euere Hochwoblgeboren werden ersucht, über den Zustand der Justizverwaltung in dem Bezirk des dorigen Oberlandesgerichts dem Justizminister alle zwei Jahre einen gemeinschaftlichen Generalbericht zu erstatten. In denselben werden die nachbezeichneten Punkte regelmäßig in Betracht zu ziehen sein:

1) Die geographische Gestalt der Bezirke, deren vorkommene Aenderungen der selben oder Vorschläge zu solchen Aenderungen;

2) der Zustand der Justizgebäude, namentlich das räumliche Bedürfniß der Justizbehörden, sowie die Art, in welcher dasselbe seine Befriedigung findet;

3) Bemerkungen, zu denen das Verfahren nach den deutschen Prozeßordnungen Anlaß bietet;

4) das Kostenwesen;

5) die Behandlung der bei den Justizbehörden erwähnenden Einnahmen und Ausgaben;

6) die Dienst- und Geschäftsvorhältnisse, die Tätigkeit und beziehungsweise der Vorbereitungsdienst der nachstehend bezeichneten Kategorien von Beamten: a. der Referendare, b. der Rechnungsreviseure, c. der Gerichtsschreiber und Secretäre, d. des Kanzleipersonals, e. der Gerichtsvollzieher, f. der Gerichtsdienner;

7) die Tätigkeit der Rechtsanwälte, der Notare und der Schiedsmänner. Ueber die Qualification der einzelnen Beamten, namentlich des höheren Justizdienstes, und über die Veränderungen im Personal, über das Gefängniswesen und die Ergebnisse der Gefängnisverwaltung werden besondere Berichte erforderlich werden. Dagegen ist

8) der Stand der Rechtspflege und Verwaltung in Betreff der übrigen Geschäfte im Allgemeinen und nach den verschiedenen Geschäftsgattungen zum Gegenstand der Berichte zu machen, um die Ergebnisse der Erfahrung über die Anwendung der Gesetze und Verwaltungsnormen festzustellen und namentlich auch Material dafür zu gewinnen, ob und nach welchen Richtungen hin etwa Aenderungen in der Gesetzgebung oder Verwaltung angezeigt erscheinen.

Da die Erstattung des Generalberichts nach einer tiefgreifenden Neorganisation erfolgen wird, so könnten die Grenzen der unter Nr. 8 zu bezeichnenden Besprechung leicht zu weit gezogen werden, weshalb ausdrücklich aufmerksam gemacht wird, daß es über die Zwecke, welche die Berichte dienen sollen, hinausgehen würde, wenn die Grundlagen der Organisation selbst dabei eine Beurtheilung und die Gründe für oder gegen ihre Berechtigung und Zweckmäßigkeit einer Erörterung unterzogen werden sollten. Fragen dieser Art, wie z. B. die über die Abtrennung der Kassen

von den Justizbehörden, über das Institut der Rechnungsreviseuren, nach welchen gewisse Geschäfte der Justizverwaltung von den Vorstandsbüroen der Collegialgerichte gemeinschaftlich zu bearbeiten sind, werden deshalb angemessener Weise aus dem Kreise der Erörterung auszuschließen sein. Als selbstverständlich darf es gelten, daß, wo die Ansichten der Herren Vorstandsbüroen über in den Berichten zu erörternde Punkte von einander abweichen, es der Aufgabe der Berichte entsprechen wird, wenn die abweichenden Ansichten darin ihren Ausdruck finden.

Die Berichte sind dem Justizminister bis zum 15. März, das erste Mal bis zum 15. März 1881 für den Zeitraum vom 1. October 1879 bis zum 31. December 1880 einzutragen. Euere Hochwoblgeboren bleibt überlassen, die Vorstandsbüroen der Landgerichte und die mit der allgemeinen Dienstausübung beauftragten Amtsrichter wegen der von diesen zu erstattenden Generalberichte ihrerseits mit entsprechender Anweisung zu versehen.

[Proces Frische-Hasselmann.] Der erste Staatsanwalt des Landgerichts Berlin II hat gegen das den Cigarrenarbeiter Frische und den Schriftsteller Hasselmann freisprechende Urteil, wegen Verstoßes gegen das Gesetz vom 21. October 1878 das Rechtsmittel der Revision eingelebt.

[Durchführung des Socialistengesetzes.] Die in der socialdemokratischen Genossenschafts-Buchdruckerei „Freiheit“ zu London, 101, Great Titchfield Street, Oxford Street, W., gedruckte nicht periodische Druckschrift: „Die Ursache der Kristallformen. Monitliche Beleuchtung der einheitlichen Grundursachen der Naturformen und Naturkräfte“ von Eugen Bulla wurde verboten.

Königsberg, 5. Octbr. [Die Versammlung liberaler Wähler.] Gestern fand (wie wir schon gemeldet haben) hier eine Versammlung der liberalen Wähler statt, in welcher die Abg. Rickert, Kieschke und Witte sich ausführlich über die Thatsachen verbreiteten. — zunächst ergriß Abg. Kieschke das Wort. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Nationalliberalen, so erklärte er, hätten bereits seit langer Zeit bestanden; überraschend könne daher nur die endlich eingetretene Thatsache der wirklichen Trennung gewesen sein. Die fortwährenden Compromisse hätten den ursprünglichen Standpunkt der Partei gänzlich verschoben und mehr und mehr eine Annäherung derselben an die conservative Politik bewirkt. Fürst Bismarck habe indessen nur Achtung vor einer wahrhaft unabhängigen Partei, nicht aber vor Majoritäten, weil er die nach seinem Belieben zu verändern wisse. Aus diesem Grunde vornehmlich hätten die aus der nationalliberalen Partei ausgetretene Männer den Entschluß gefasst, sich durchaus unabhängig der Regierung gegenüberzustellen. — Hierauf nahm der Abg. Rickert das Wort und führte in einem gewissen Gegensatz zu den Erörterungen des Vorredners aus, er hoffe, noch die jetzige Generation werde es erleben, daß ein liberales Ministerium durch eine durchaus liberale Majorität zu Stande komme. Fürst Bismarck sei durchaus parlamentarisch gejagt, schon die Umstände nötigten ihn unvermeidlich dazu, mit einem Parlamente auch in Zukunft zu regieren; der Missstand sei nur der, daß es in unserem parlamentarischen Verhältnissen an einer liberalen Majorität zur Zeit noch fehle. Die schwere materielle Krisis habe die liberalen Männer wanrend gemacht und erst allmählich sei darauf zu rechnen, daß sie sich allmählich wieder fest aneinander schließen. Zweierlei sei jetzt vor Allem notwendig: einmal, daß die Liberalen volle Einigkeit bewahren und sodann, daß sie durch die That zeigen, daß ein anderer Geist in die Partei gekommen sei. Dies sei von den nächsten Wahlen zu erwarten. Ihm persönlich sei die Trennung von den früheren Gebrüdergenossen schwer geworden, aber er habe sich schließlich überzeugen müssen, daß sie nicht länger zu vermeiden war. Die erste Ursache der Uneinigkeit sei die bekannte Erklärung der Zweihundert und Vier gewesen. Dann sei Bismarck mit dem ihm blindlings ergebenen Abgeordneten für den Getreidezoll eingetreten, und schließlich sei noch die kirchengeistliche Vorlage dazu gekommen. Deswegen seien aber die Secessionisten nun nicht etwa gewillt, sich mit der Fortschrittspartei in ähnliche Compromisse einzulassen, wie sie bisher regelmäßig innerhalb der nationalliberalen Partei stattgefunden hätten. In langer Abständen aufeinanderfolgend beftrug Redner hierauf die Steuerverhältnisse. — Nachdem darauf noch Abg. Witte über die Secession gesprochen, und natürlich die Steuerreform im Anschluß an den Vorredner betont hatte, wird die von uns bereits im Mittagblatte gebrachte Resolution einstimmig von der Versammlung angenommen.

Frankreich.

○ Paris, 4. Oct. [Das Verbot des Friedensmeetings im Cirque Fernando. — Auflösung einer Versammlung der „Gesellschaft des freien Gedankens.“ — Zum Tuilerienbrand. — Zur orientalischen Angelegenheit. — Mexico. — Personalien. — Legitimistisches.] Wie gestern bereits angekündigt worden, hat das Friedensmeeting des Cirque Fernando nicht stattgefunden. Die Regierung befürchtete jedoch, wie es scheint, eine Demonstration, denn der Boulevard Rochehouard war in der Umgebung des Circus polizeilich besetzt, und man versicherte, daß sich in der zunächst liegenden Kaserne eine Abtheilung berittenen Gardes bereit hielt. Man bedurfte derselben nicht; es fanden sich bloß einige Hundert Neugierige auf dem Boulevard ein, die keine Lust zeigten, die öffentliche Ruhe zu stören. In einer kleinen Gruppe tadelte allerdings ein Citoyen mit lauter Stimme das Verbot des Meetings, aber als er sich gerade anschickte, in längere Beitrachtungen einzugehen, brachte ihn die Dazwischenkunft eines Stadtgerichts zum Schweigen. Das Publikum zerstreute sich von selber, als es die Überzeugung gewonnen hatte, daß auf das Erscheinen Blanqui's oder Phat's oder Rochefort's nicht zu rechnen sei. In der Presse findet das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit wenig Beifall. Die ministeriellen Blätter rechtfertigen dasselbe etwas schüchtern damit, daß das Cabinet sich nicht habe der Gefahr aussetzen wollen, für die Neuerungen, die etwa beim Meeting gefallen wären, verantwortlich gemacht zu werden. Da nach der bisherigen Gesetzgebung (nach dem Gesetz von 1868) der Regierung noch das Recht zusteht, jede öffentliche Versammlung politischer Natur einfach zu untersagen, so könnte man in der Beihilfe einer solchen eine Art Mitschuld entdecken. Diesmal handelt es sich freilich um eine friedliche Demonstration, und ein Fehler weiß, daß das Ministerium friedlich gesinnt ist; aber morgen könnte man mit gleichem Recht die Erlaubnis zur Abhaltung eines Kriegsmeetings verlangen und dieser ziehe die Regierung vor, gar kein Meeting zu bewilligen. Diese offizielle Argumentirung wird im Allgemeinen als eine recht schwache betrachtet. Man hält ihr entgegen, daß die alten gesetzlichen Vorschriften schon als thatächlich abgeschafft anzusehen sind, seitdem sich die Minister selber in der Kammer für die neue Gesetzvorlage erklärt haben, nach welcher es zur Abhaltung einer Versammlung keiner Erlaubnis mehr bedürfe. Max bemerkt ferner, daß es Niemand eingefallen wäre, die Regierung für die Neuerungen eines Rochefort oder Felix Phat verantwortlich zu machen und daß sich aus dem Verbot des Meetings weit bezeichnendere Folgerungen ableiten ließen, als aus seiner Bewilligung. Es ist klar, daß im Grunde Rochefort, Blanqui und Felix Phat es weit weniger auf eine Friedenskundgebung abgesehen hatten, als auf einen Angriff gegen Gambetta. Mit ihrer bisherigen Campagne gegen den Präsidenten der Kammer haben die Intendanten nicht viel Glück gehabt. Das Terrain der Amnestie, auf dem sie ihn zu bestegen hofften, ist ihrer abgenommen worden. Jetzt haben sie ein günstiges

geres Oppositionsterrain gefunden. Sicherlich könnte nichts dem Einflusse Gambetta's, namentlich in den Augen der ländlichen Bevölkerung, so schädlich sein, als die Befestigung des Glaubens, daß er es zum Kriege treiben wolle. Es liegt also nahe, zu behaupten, blos im Interesse Gambetta's sei das Meeting verhütet worden, blos deshalb, damit nicht die Intransigenten vor allem Volk die staatsgefährlichen, kriegerischen Absichten Gambetta's aufdecken können. Unter diesem Gesichtspunkt halten auch viele gemäßigte Republikaner dafür, daß die Regierung unklug gehandelt habe. Die Gambetta'sche „République“ tadeln das Verbot, aber freilich in so milder Form, daß ihre Gegner in diesem Tadel nur eine schlechte Maske der Befriedigung erkennen wollen. — Eine andere radikale Versammlung ist gestern aufgelöst worden, während ein Redner, der Communard Amouroux, in festigen Worten das Benehmen der Opportunisten und der Regierungsmänner kritisierte. Es war das eine Versammlung der Freidenker vom zwölften Arrondissement. Das Bureau veröffentlicht heute einen Protest in dem Journal *Felix Phat's*. — Emile Zola fährt fort, im „Figaro“ gegen die Republikaner, die das Land mit ihrer ewigen Politik langweilen und ermüden, zu erläutern. Es steht unter den 86 Millionen Franzosen, behauptet er, zum Mindesten 35 Millionen, die keine politische Meinung haben und nichts weiter verlangen, als daß man sie ruhig ihren Geschäften nachgehen lasse. Wird sich nicht bald ein Mann finden, der diese 35 Millionen Indifferente gegen die handvoll Ehrgeiziger, vor deren Geschrei dem Lande die Ohren gellen, in Harnisch bringt?... — Der vorgestrige Brand in den Tuilerien hat weniger Verheerungen angerichtet, als man anfangs befürchtete. Die Wohnung des Präfekten Hérold ist allerdings ganz ausgebrannt, aber die Bücher und Papiere der städtischen Bibliothek sind zum größten Theil behütet worden. Der Präfekt war ein paar Stunden vor Ausbruch des Brandes nach Paris zurückgekehrt. Nur mit Mühe konnte man seine Frau, seine Kinder und seine Schwiegermutter aus ihren Zimmern retten. Ein Dachdecker, Namens Buet, hat mit wahrem Heldenmut und unter größter Lebensgefahr eine ganze Familie, aus sechs Personen bestehend, aus der Dachstube, wo die Erstickung sie bedrohte, in Sicherheit gebracht.

Abends. Über die Beschlüsse der Psorte weiß man bis heute Abend nichts Neues. Die „Liberté“ bringt in Erfahrung, daß der englische Botschafter Lord Lyons in seiner Unterredung mit Barthélémy Saint-Hilaire lebhaft auf Berufung eines neuen Congresses der Mächte bestanden und daß er gefordert habe, die französischen Schiffe mögen auch ferner mit dem kombinierten Geschwader vereinigt bleiben, ohne daß man an den Instructionen des Vizeadmirals Lassot etwas zu ändern hätte. Die Antwort Barthélémy Saint-Hilaire's, fügt die „Liberté“ hinzu, ging dahin, daß Frankreich wahrscheinlich wie bisher mit den Mächten gehen werde, wenn dieselben einig bleiben. Es stimmt das mit unserer gestrigen Meldung überein. — Man will der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Mexico eine gewisse Feierlichkeit geben. Barthélémy Saint-Hilaire und der Marineminister Clouz haben daher angeordnet, daß das Antillengeschwader den so eben ernannten französischen Gesandten Boissé d'Anglas bis zu seiner Landung auf mexikanischem Boden begleite. — Der Minister des Innern Constance, den man heute in Paris erwartete, soll seine Rückkehr um ein paar Tage verzögert haben. Der russische Botschafter Fürst Orloff wird heute Abend von Florenz wieder hier eintreffen. — Gestern haben die Legitimisten in Marseille und in Toulouse den Geburtstag des Grafen von Chambord durch Bankette gefeiert. In Marseille waren etwa 700 Gäste unter dem Vorzeige des Marquis de Foresta vereinigt. In dem entsprechend decorirten Saale war die Büste des Grafen von Chambord mit seinem Wappen aufgestellt. Reden hielten der Marquis de Foresta, Henry Berryer und Numa Baragnon. Schließlich wurde, nach zahlreichen Toasten auf den Roy, ein von den corsischen Royalisten gesandtes Zustimmungsschreiben, sowie die für den Grafen von Chambord bestimmte Glückwunschrrede vorgelesen, worauf sich die Versammlung mit dem Rufe: „Vive le Roi!“ trennte. In Toulouse hatte der General de Charette den Vorst. Es nahmen hier 1200 Gäste an dem Bankett teil, darunter Labarthe, Malard, du Bourg, de Lacroix, de Belcastel, das Haupt der Royalisten von Toulouse u. s. w. Die Pariser Presse war vertreten durch Redakteure der „Civilisation“, der „France Nouvelle“, der „Union“, des „Figaro“, des „Univers“, des „Monde“, des „Triboulet“ und des „Gaulois“. Den Saal zierten Fahnen mit den weißen Lilien und auch eine Büste des Grafen von Chambord mit der Inschrift: „Ich will der zweite Heinrich der Vierte sein.“ Eine Deputation von 25 Arbeitern von Montauban entfaltete beim Eintritt eine weiße Fahne mit dem Rufe: Vive le Roi! Reden wurden gehalten vom General de Charette, de Belcastel, der behauptete, daß die Monarchie wichtig sei, um Frankreich zu retten, und Maisonneuve, dem Redakteur der „Nouvelles“. Nach mannigfachen Toasten wurde das Bankett unter dem Gesange alter royalistischer Lieder geschlossen. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Großbritannien.

A.C. London, 4. October. Über die nationalen Beschwerden Irlands schreibt die „Bell-Mall-Gazette“: Wenn das englische Volk dem nationalen Landesystem auch nur geringe Aufmerksamkeit schenken will, so wird es ihm nicht schwer fallen, den gegenwärtigen aufrührerischen Geist zu verstehen. Szdecian O'Connell, der die Operationen der Landliga nicht billigt, legt in seiner eigenen Geschichte Bezug ab von der Notwendigkeit, den nationalen Beschwerden Abhilfe zu schaffen. Er erzählte einer Deputation, die sich ihm vorstellte, daß er der Sohn eines Bäckers sei. „Gerade vor 30 Jahren wurde mein armer Vater aus einer großen Farm entmittelt, nachdem er nicht nur sein ganzes Vermögen, sondern lebenslange Arbeit und Fleiß an die Verbesserung seines Bäckergutes gewendet hatte. Als der Bäckervertrag abgelaufen, wurde der Zins um 25 p.C. erhöht, allein dies war noch nicht das Schlimmste. Etwa ein Jahr später starb der Gütekünn und sein Nachkommenschaft den neuen Bäckervertrag nicht an. Vergleichbar wurde daraus hingewiesen und durch achtbare Zeugen erhärtet, daß über 300 Pf. St. für Hebung des Guis verbraucht worden waren. Das Urteil eines Gerichtshofes confiscierte Alles zu Gunsten dieses Bäckers und des Renteneinnahmers, welche sich in die Beute teilen, die man einem ehrlichen, fleißigen Manne abgeschwindelt hatte. Es ist dies nur ein typischer Fall von den vielen hunderttausend Fällen, welche seit jener Zeit bis auf den heutigen Tag in ganz Irland sich ereignet und in einem ungerechten Landesystem ihren Ursprung haben.“

London, 3. Oct. [Die Schlappe vor Dulcigno.] Wenn das Ministerium dem Rathe des „Observer“ folgte, so würde es seine vor Dulcigno erlittene Schlappe ruhig einstecken, von nun an lediglich auf die Wahrung der specificisch englischen Interessen am Bosporus und in Egypten bedacht sein, im übrigen jedoch die Regelung der Wirren auf der Balkan-Halbinsel den dabei unmittelbar interessirten Mächten überlassen. Das genannte Wochenblatt hegt nämlich starke Zweifel in die Neigung der meisten befreundeten Mächte, gemeinschaftlich mit England durch die Dardanellen vorzudringen, um dem Sultan in seiner eigenen Hauptstadt den Willen Europas aufzuzwingen, und spricht offen die Überzeugung aus, daß das europäische Einvernehmen in Bezug auf gemeinsame Einsichtserungs-Maßnahmen gegen die Türkei als abgethan betrachtet werden müsse. Die Schuld liegt weder an Frankreich noch an einer anderen der bestreuten Mächte, da sie allesamt ihre Schiffe nur behutsam friedlicher Kundgebungen, nicht aber zur Durchführung kriegerischer Maßregeln

abgesandt hätten; am allerwenigsten dürfe man das Fehlschlagen der Kundgebung der Psorte zum Vorwurf machen, da diese nur dem Gebote der Selbstbehaltung gefolgt sei und naturgemäß auch ferner bemüht sein werde, den ihr bevorstehenden Theilungsprozeß so lange als möglich hinauszuschieben. Es ist wohlthuend, schreibt man der „R. Zeit.“, nach allen den in den letzten Tagen von Seiten der ministeriellen Presse gegen Frankreich, Österreich, Deutschland und den Sultan (nur nicht gegen Russland) laut gewordenen wüsten Anschuldigungen ein unbefangenes Urtheil wie das des „Observer“ zu lesen. Stillschweigend wird freilich dadurch Gladstone als der alleinige Urheber der gegenwärtigen Verlegenheit bezeichnet.

Italien:

Rom, 2. Octbr. [Bezüglich der Mandatsniederlegung der beiden Garibaldi] erhält die „Opinione“ eine Zuschrift von Menotti Garibaldi, in welcher die allerseits getheilte und ausgesprochene Annahme, daß der Schritt des Generals die Folge der Verhaftung seines Schwiegersohnes Canzio gewesen sei, bestritten wird. Herr Menotti Garibaldi behauptet und beruft sich dafür auf den Fahrplan der Dampfschiffe, daß der Brief seines Vaters an seine Wähler einige Stunden früher geschrieben sei, als ihm die Verhaftung Canzio's bekannt sein konnte. Das Motiv zur Mandats-Niederlegung sei demzufolge nur in den in jenem Briefe angeführten allgemeinen politischen Gründen zu suchen. Recht wahrscheinlich sind diese Angaben nicht. Gleich nach der Veröffentlichung des Garibaldischen Briefes ist dem Vernehmen nach von einigen Abgeordneten der Linken an den Justizminister das Verlangen gerichtet worden, eine Special-Amnestie für „die Vorgänge vom 10. März 1879“ (wegen deren Canzio verurtheilt wurde) zu bewirken. Die einzige Action also, welche Garibaldi's Brief bei Befreundeten hervorgerufen hat, gilt wiederum nur der Sache seines Schwiegersohnes. — Nach einer Depesche der Wiener „Presse“ soll der Ministerrath gestern trotz Depretis' Widerspruch die Petition der ligurischen Deputirten, betreffend eine Amnestie für die wegen der vorjährigen März-Aufstände Verurtheilten (dazu gehört Canzio), zustimmend erledigt haben. Sie käme damit den Ereignissen zuvor und würde sich aus einer großen Verlegenheit ziehen, freilich ohne an Autorität etwas gewonnen zu haben.

Ablehnung eines italienischen Ordens.] Ein für die Regierung sehr peinliches Aufsehen erregt die deshalb von ihr anfänglich abgelehnte, aber jetzt außer Zweifel gestellte Thatsache der Ablehnung eines hohen italienischen Ordens durch den bekannten Missionär Massala, welcher vor Kurzem nach fünfunddreißigjährigem Aufenthalt im Innern Afrikas, wo er sich den Interessen der Italiener sehr nützlich erwiesen hatte, nach Italien zurückgekehrt ist. Man hatte ihm nach Afrika früher das Ritterkreuz jenes Ordens zugeschafft, jetzt sollte er das Comthurkreuz desselben erhalten. Er erklärte aber entschieden seine Abneigung gegen derartige Ehrenbezeugungen, für deren Annahme er überdies der Genehmigung seiner Vorgesetzten bedürfen würde. Auch erzählte er dem Abgeordneten des Königs, daß jenes Ritterkreuz ein Negerehuppling in Pestis genommen habe, dem er es auch gerne überlassen habe. Der Justizminister Herr Villa hatte einige Tage bevor der Hergang durch die Mitteilungen Massala's selbst bekannt wurde, gegen besseres Wissen die Thatsache jener Ordensablehnung öffentlich in brüsker Weise abgeleugnet und ist dafür jetzt umso mehr die Zielscheibe der journalistischen Angriffe, als man ihm schon vorher eine allzugroße Connivenz gegen clerical Ansprüche Schuldbild.

Rom, 2. Octbr. [Ein eigenhümliches Decret] ist — so schreibt man der „R. Zeit.“ — vor wenigen Tagen im Bulletin des Justizministers veröffentlicht worden. Dasselbe erhebt der päpstliche Bulla vom 22. December 1877 und einer zweiten vom 29. Februar 1880, in welcher zwei Prälaten zu Bischoßen von Chieli und von Aureza ernannt werden, das königliche Exequatur. Dabei bleibt das Decret als Ermägungsgründe ausdrücklich an: „daß die beiden Bischäumer von Chieli und Aureza dem königlichen Patronat unterliegen, und daß der Ernennung kein Act der Präsentation und keine Anzeige der Ernennung vorhergegangen sei.“ Privatum wird in ministeriellen Kreisen bemerkt, daß die Exequatur sei gegeben worden, um das Patronatrecht der Krone wenigstens nicht formell einschlagen zu lassen. Diese Art, die Rechte der Krone zu wahren, welche darin besteht, daß man die Rechtsverlezung nachträglich einfach genehmigt, ist jedenfalls wundersam und zeigt, wie sehr man in Italien auch die berechtigtesten Conflicte mit der Hierarchie scheut.

Österreichisches Reich.

Konstantinopel, 3. Oct. [Kreuz- und Querzüge der türkischen Politik.] Der konstantinopler Correspondent der „Daily News“ meldet unter dem 3. d. (via Syra): Am Dienstag Abend fand unter dem Vorstehe des Sultans ein außerordentlicher Conseil statt, dem alle Minister und Geheimratzen anwohnen. Die Majorität war für den Widerstand, während eine mächtige Minorität aufs Entschieden eine Unterwerfung unter den Willen Europas befürwortete. Man kam zu keinem Entschluß. Man versicherte mir, daß der Sultan abermals an Kaiser Wilhelm telegraphirt und am Mittwoch eine Antwort erhalten hat, welche die Annahme der europäischen Vorschläge anempfahl. Einer der Redner, Osman Bey — nicht Osman Pascha — erklärte im Conseil, daß die Souveräne Europas durch des Sultans Gnaden berichten. Dieser Mann soll derzeit der erste Gnädling sein. Am nächsten Tag fand abermals Conseil statt; man verständigte sich auf telegraphischem Wege mit den Botschaften in Wien, Berlin und Rom. Die Mittheilungen, welche man erhielt, lauteten nicht günstig. Die türkischen Zeitungen schlagen seitdem einen viel friedlicheren Ton an und thun dies augencheinlich auf höherem Befehl. Die Situation ist noch immer eine sehr trübselige. Der Hauptgrund der scheinbaren türkischen Nachgiebigkeit liegt in der Annahme, daß Australien England einen Vorschlag unterbreitet, welcher angenommen zu einer gemeinsamen Aktion führen und der ottomanischen Regierung verbänglich voll werden dürfte. Die türkischen Zeitungen sprechen sich sehr bitter über diesen Vorschlag und die Aktion Auslands aus, ohne sich über die Art des Vorschlags zu äußern. Der Correspondent erwähnt schließlich noch folgendes abenteuerliche Gerücht: Viele Türken nehmen an, daß er auf die Gründung einer ganz neuen Regierung unter dem Herzog von Edinburgh und seiner Gemahlin hinausläuft.

[Die Lage in Borderedalbanien.] Aus Scutari, 4. October, wird gemeldet: Riza Pascha rüstet offen zum Kriege. Die im Canal von Corfu kreuzenden türkischen Panzerregatten „Assyr“, „Babel“ und „Mukhdir-Suru“ wurden nach Dulcigno bordiert. Das Lager der Albansen auf der Mysura-Planina wird unter der Leitung türkischer Genie-Offiziere stark befestigt. Die gesammte Bevölkerung wurde zu Erdarbeiten aufgeboten. Aus Alessio und Prevesa sind große Abtheilungen Soldaten auf türkischen Kriegsdampfern als Unterstützung für die Dulcignoten eingetroffen.

Provinzial-Zeitung.

= Breslau, 7. October. [Se. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen] ist, wie der „Niederschl. Anzeiger“ mitteilt, Dienstag Abend 9 Uhr in Begleitung seines persönlichen Adjutanten, des Herrn Majors von Liebenau, zu mehrtägigem Besuch auf Schloß Primkenau eingetroffen. Se. Königl. Hoheit war mit dem 8 Uhr-Zuge von Berlin in Waltersdorf angelommen und wurde dort von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein, welcher demselben bis dahin entgegengefahren war, empfangen und nach Schloß Primkenau ge-

leitet. Während der Anwesenheit Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm werden Lappagden auf Hochwild in den herzoglichen Forsten veranstaltet.

* [Bad Flinsberg.] Im Jahre 1878 besuchten Bad Flinsberg 1448 Personen als Kur- und Erholungsgäste, 1879 1481 Personen und 1880 1690 Personen.

— [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 26. September bis 2. October wurden 48 Chen (in der Vorwoche 34) geschlossen. Geboren wurden 209 Kinder (106 Knaben und 103 Mädchen), darunter 6 Todgeborene. Die Zahl der Gestorbenen (excl. Todgeborenen) betrug 117 (65 männliche und 52 weibliche). Der Ueberfluß der Geburten über die Sterbefälle betrug mithin 92, in der vorigen Woche 100. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 37, von 1—5 Jahren 22, von 5—15 Jahren 5, von 15 bis 20 Jahren 4, von 20 bis 30 Jahren 7, von 30—40 Jahren 10, von 40—60 Jahren 16, von 60—80 Jahren 12, von über 80 Jahren 4. Die Todesursachen waren: Scharlach 1, Diphtheritis 2, Keuchhusten 1, Darm- und Magendarmkatarrh 11, Brechdurchfall 1, acuter Gelenkrheumatismus 1, Geburtschlag 1, Krämpfe 7, andere Krankheiten des Gehirns 10, Brüne 1, Lungenschwäche 10, Lungen- und Luftröhrentzündung 12, andere acute Krankheiten der Atmungsorgane 11, alle übrigen Krankheiten 42, Selbstmord 3. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 276,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 38,25, Gestorbene (excl. Todgeborene) 22,04.

— [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 26. Septbr. bis 2. October betrug die mittlere Temperatur 11,9, die höchste 17,4, die niedrigste 6,1° C.; die Höhe der Niederschläge 9,8 mm.

— [Statistisches.] Den „Veröffentlichungen des kaiserlich deutschen Gesundheits-Amtes“ entnehmen wir, daß in der Woche vom 19. bis 25. Septbr. die durchschnittliche Sterblichkeitsziffer in den deutschen Städten 25,5 (gegen 27,9 in der Vorwoche) betrug. In Breslau betrug die Sterblichkeit 23,4, in Posen 21,4, in den übrigen Städten des Oder- und Warthegebiets im Durchschnitt 23,3. In Berlin erreichte die Sterblichkeit 29,4, in Wien 21,3, in Paris 23,4, in London 20,5, in Petersburg 39,2, in Rom 24,8. Die höchste Sterblichkeitsziffer im Auslande erreichte Madrid mit 43, die niedrigste Genf mit 17,1.

— [Breslau, 4. Octbr. — Landgericht. — Strafammer I. Fahr läßige Körperverletzung und Gefährdung eines Eisenbahnen-Transports.] Unter dieser Anlage stehen der Eisenbahn-Assistent Hugo v. D. aus Breslau, 32 Jahre alt, und der Eisenbahn-Assistent Wilhelm S. aus Breslau, 41 Jahre alt. Beide Angeklagte sind bisher unbestraft.

Am 6. Decbr. 1879, Abends 5% Uhr, als der Verbindungszug Nr. 366 von einer Curve des Oberhessischen Bahnhofs auf ein Riegelgleis im biegsamen Güterbahnhof des Freiburger Eisenbahn durch die Rangiermaschine Nr. 17 zurückgedrückt werden sollte, stieß dieser Verbindungszug in der Nähe der Weiche Nr. 111 mit der Rangiermaschine Nr. 20 derart zusammen, daß der Schlafwagen B. F. Nr. 2545 des Verbindungszuges aus den Schienen gehoben und der Rangireiter Justowski, welcher die Bremse dieses Wagens bediente, vom Wagen heruntergeschleudert wurde. Hierbei geriet er zwischen die Buffer der beiden letzten Wagen, das linke Bein wurde ihm zerquetscht und später im Kloster der Barmherzigen Brüder, woselbst Justowski 18 Wochen zubrachte, am Oberschenkel amputiert. Hinsichtlich des Verlustbetrags beider Angeklagten an diesem Unglücksfall ist durch das Verfahren folgendes ermittelt worden: von D. vertrat am gedachten Tage den Stationsvorsteher Brodt, welcher unter dem Stationsvorsteher Enrico die Oberaufsicht über das Rangieren auf dem Güterbahnhof der Freiburger Eisenbahn selbstständig führte. Der Güterbahnhof ist außerhalb des Personenbahnhofs gelegen, er mündet mit seinen Rangiergleisen in ihrem westlichen Ende hinter dem Eisenbahn-Ueberführung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn in das Hauptgleis bei Schmiedefeld. Unter von D., der mit seinen Pflichten in ausreichender Weise bekannt gemacht worden war, fungierte für das specielle Rangieren auf den Gütergleisen der zweite Angeklagte, Rangirmeister S. — Der Verbindungszug hatte eine Verzögerung von 15 Minuten erfahren, dadurch war eine Stockung in den Rangiergleisen eingetreten. Wie übergeben hier die nur für den Fachmann verständlichen Manipulationen, welche aus v. D.'s Veranlassung behuts Ueberleitung der verschiedenen Züge stattfanden. v. D. will behuts Abwendung jeder Gefahr rechtzeitig Befehl gegeben haben, daß der leste Wagen des Rangirzuges rotes Licht — Signal Halt — zeigte. Betreffs dieses Punktes liefert die Beweisaufnahme keinen sicheren Anhalt. Durch das Zeugnis des Eisenbahn-Bau-Inspectors a. D. und Mitglied der Direction der Freiburger Eisenbahn Menz wird festgestellt, daß die den ganzen Tag statthaften Rangierbewegungen während der Zusammenstellung resp. Weiterbeförderung des Verbindungszuges sistirten, daß den Befehl hierfür an jenem Tage der Angeklagte v. D. geben mußte, daß dieser aber den Befehl mindestens nicht in der vorschriftsmäßigen, jedes Misverständnis ausschließenden Form gegeben hat. Sowohl v. D., als auch S. sollen hierdurch gegen den § 11 der Instruction für den Rangierdienst vom 1. November 1878 verstossen haben. Seitens des Herrn Sachverständigen wird nur v. D. belastet, für S. lautet das Zeugnis entlastend, weil diesem der Befehl zum Sistiren der Rangierbewegung nicht ertheilt worden sein soll. v. D. sagt, daß im täglichen Gebrauch nie genau nach der Instruction gehandelt werde, daß er aber der Gewohnheit gemäß dem S. gemeldet habe, er gebe jetzt nach der Blockstation, um den Verbindungszug einzulassen, dies bedeute eben, S. solle nur bis zu dem Momente rangieren, bis er (v. D.) rotes Licht zeige. In Betreff dieses Signals scheinen seitens der betreffenden Rangirarbeiter die Anordnungen v. D.'s nicht rechtzeitig zur Ausführung gelangt zu sein oder, wie Herr Director Menz annimmt, der Rücken durchdrückt den Raum der Maschine herunter und deckt somit das rote Licht. — Herr Staatsanwalt Wickerl brachte, geführt auf das Gutachten des Sachverständigen, gegen S. die Freisprechung in Antrag. Gegen v. D. beantragte er, da dieser nach seiner eigenen Angabe mit Pension verabschiedeter Premier-Lieutenant sei, auf Grund der für inaktive Offiziere geltenden Bestimmungen der Militärgerichtsgebung die Incompetenzklärung dieses Gerichtshofes und Übergabe der Acten an das zuständige Militägericht event. 2 Monate Gefängnis. — Die Strafammer erlangte nach Ahörung der Vertheidiger, Herrn Justizrat Lubomski für v. D. und Herrn Rechtsanwalt Bernhardt für S., bei Letzterem auf Freisprechung, bezüglich v. D.'s soll Auskunft des zuständigen Militär-Commandos verlangt werden, ob derselbe zu den inaktiven Offizieren zu zählen sei und hiernach das Weiterre beschlossen werden.

— Hirschberg, 5. Octbr. [Verurtheilung wegen Anstiftung zum Meineide.] Ein schwerwiegender Fall bot am heutigen zweiten Sitzungstage des biegsamen königl. Schwurgerichts die erste Strafsache, in welcher wegen Anstiftung zum Meineide der Bauernzubringer Christian Gottfried Zobel aus Conradswaldau, Kreis Schönau, auf der Anklagebank saß. Dieselbe Strafe war bereits in der Schwurgerichtszeitung am 3. Juni d. J. zur Verhandlung gekommen, damals aber zum Zweck weiterer Zeugenvernehmung vertagt worden. Mit dem p. Zobel stand am 3. Juni gleichzeitig dessen früherer Dienstknabe Hermann August Reinhold Winkler, welcher des Meineides angeklagt war, unter Anklage. Die Schwurgerichtsverhandlungen ergaben damals, wie heut, daß derselbe durch Anstiftung des Zobel sich hatte verleiten lassen, am 21. November v. J. in der Proklaß der unberechtigten Dienstmaß Henrike Reinhöf und ihres am 24. Februar 1879 geborenen Kindes gegen den Zobel als Zeuge den vor seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht zu Schönau geleisteten Eid wissenschaftlich durch ein falsches Zeugnis zu verleiten. Winkler wurde am 3. Juni zu einem Jahr Zuchthaus, sowie zu zwei Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, verurtheilt; Zobel leugnete heute noch das ihm zur Last gelegte Verbrechen der Anstiftung zum Meineide. Speciell widersprach er sein in der Voruntersuchung vor dem Amtsgericht zu Schönau abgelegtes und als richtig unterschriebenes Geständnis; das Verdict der Geschworenen lautete auf „Schuld“, worauf der Gerichtshof gegen den Angeklagten auf 4 Jahre Zuchthaus, acht Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, erkannte. Die Staatsanwaltschaft hatte nur 3 Jahre Zuchthausstrafe und 5 Jahre Ehrverlust beantragt.</

suchenden fordert. Zu diesem Zweck wurden von 879 Fremden zur Legitimation Fremdenzettel vorgelegt, von 683 anderen Arbeitsbücher, 52 suchten sich durch Zwangspässe und Reiserauten zu legitimieren, 27 durch Gefangenheitszettel und 7 durch Krankenscheine. Sämtliche Legitimationspapiere werden im Vereinsbureau abgestempelt, was ein allzu häufiges Wiederkommen verhindert. Weit mehr Erfolg ließ sich bei Bekämpfung des Bettelunwesens erreichen, wenn die Dorfschäfchen, einzeln oder mehrere gemeinsam, zur Gründung ähnlicher Vereine gegen Hausbettelei schreiten wollten. Wie früher, so hat auch der Verein im letzten Quartal an 70–80 würdige Ortsarme Lebensmittel in mehreren Raten verteilt. Der Monatsbeitrag zur Vereinskasse beträgt vom 1. Oktober ab wieder den vollen Betrag von 50 Pfennigen.

△ Bries, 5. October. [Gewerbeschule.] Die königliche Gewerbeschule hat im vergangenen Schuljahr die Neorganisation, durch die sie in eine neunklassige Realsschule I. Ordnung ohne Latein umgewandelt wurde beendet. Ihre Abiturienten haben von nun ab Zutritt zur Staatsbank Carrriere; ferner wird das Freiwilligenzeugnis jetzt, wie bei allen vollberechtigten höheren Schulen, mit erfolglicher Absolvierung der Untersekunda erworben. Der Lehrmittelapparat wird eine bedeutende Erweiterung erfahren, da der beste Theil der Sammlungen der aufgelösten Schweidnitzer Gewerbeschule der hiesigen überwiesen ist. Mit dem neuen Schuljahr am 18. October — wird auch die untere Klasse der Fachschule für Maschinenbau eröffnet. In dieselbe kann jeder eintreten, der das Freiwilligenzeugnis sowie die Reife für Obersekunda besitzt. Als Lehrer werden an ihr vorzugsweise Herr Ingenieur Henneberg, früher Hilsbarbeiter am kaiserlichen Patentamt, und Herr Baumeister Kunz wirken.

R. B. Oppeln, 4. Octbr. [Gewerbeverein.] Der Vorsitzende, Herr Gewerberat Dr. Bernoulli, begrüßte heute zum ersten Male nach den langen Sommerferien die aus ca. 40 Mitgliedern zusammengetretene Versammlung und machte den Beschluss des Vorstandes bekannt, zunächst alle 14 Tage Montags eine allgemeine Versammlung einzuberufen; es seien viele interessante Vorträge für das Wintersemester angemeldet. Demnächst erfuhr die Redner diejenigen Handwerksmeister, welche in der Lage und gefunden sind, die Gewerbeausstellung im Jahre 1881 in Breslau zu bescheiden, um rechtzeitige Anmeldung und lebhafte Beteiligung; die Commissionen seien bereits in Breslau zusammengetreten, die Pläne für die Ausstellung in Ausführung begriffen und könne mit Recht wohl angenommen werden, daß diese Ausstellung mit der in Düsseldorf in diesem Jahre stattgehabten würdig in die Schranken treten werde. — Betreffs Ausstellung der Lehrarbeiten sollen im Verlaufe der nächsten 14 Tage diejenigen Handwerksmeister zum Aufzunahmetritt einer Jury aufgefordert werden, welche schon früher von der Versammlung dazu im Vorschlag gebracht seien, und werde hoffentlich Anfang December d. J. diese Ausstellung hier stattfinden. Das Thema für den nächsten Vortrag am 18. October soll durch hiesige Blätter bekannt gemacht werden. Herr Dr. Bernoulli sorderte zu weiteren Anmeldungen von Vorträgen auf und erhielt demnächst, zum zweiten Theile der Tagesordnung übergehend, den Herrn Regierungsreferendar von Rosenthal das Wort zu dem angemeldeten Vortrage über das Thema: „Ist auf Grund der neuen Buchergesetz im volkswirtschaftlichen Interesse eine Beschränkung der Wechselseitigkeit wünschenswert?“ — Da dieser Vortrag nach dem Vorworte des Redners nur eine Wiederholung seines am 24. v. M. im kaufmännischen Vereine über dasselbe Thema gehaltenen Vortrages ist, so müssen wir uns, so spannend der selbe auch war, eine Wiedergabe desselben an dieser Stelle versagen (cfr. Nr. 457 d. Bl.). Wir folgen nur hinzu, daß Redner entschieden gegen die Beschränkung der Wechselseitigkeit ist, und sein Vortrag eine außerst interessante, lebhafte Debatte hervorrief, an welcher sich die Herren: Bürgermeister Trentin, Dr. Bernoulli, Dr. Grabow, Amtsverwalter Muler, Director Frankfurt, E. Österreich und A. Szwinnia beteiligten. Am Schlusse derselben — 9½ Uhr Abends — teilte der Vorsitzende mit, daß die Corporationen Oberschlesiens, denen dieselbe Frage vorgelegt worden, mit nur etwa 1½ Prozent Ausnahme, sämlich für die unbeschränkte Wechselseitigkeit sich ausgesprochen hätten. Dieser Erfolg werde wohl ein schwieriges Moment für die Beibehaltung der jetzt bestehenden Verhältnisse sein.

□ Gleiwitz, 5. October. [Feuer. — Falsches Gelb.] Heute Nacht brach in dem benachbarten Richtersdorf in der Scheune des Stellenbesitzers Bartul Jonda Feuer aus, welches mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß binnen kurzer Zeit die Nachbarschaft nebst Stallgebäuden ein Raub der Flammen wurde. Es wird böswillige Brandstiftung vermutet, und lenkt sich der Verdacht des Thäterschaft auf einen Vogabunden, der Tags vorher in trunkenem Zustande bei Z. gebettelt und, da er abgewiesen wurde, Drohworte ausgestossen hat. — Es kursirten seit einiger Zeit falsche Einbauer- und Zweimarkstücke. Die falschen Thalerstücke zeigen auf der einen Seite das preußische Wappen mit der Jahreszahl 1846, auf der anderen Seite das Bild Friedrich Wilhelm IV. Die falschen Zweimarkstücke tragen das Wappen von Hamburg und die Jahreszahl 1876. Die Falsifizate sind anscheinend aus Zinn hergestellt, die Ausführung selbst ist eine ziemlich gelungene.

Handel, Industrie &c.

T. Breslau, Anfang October. [Landwirtschaftliche Rundschau in Schlesien. — Herbstbestellung. — Schluss der Kartoffel- und Rübenernte. — Unsere Biebstämme und deren Gesundheitszustand. — Getreide-Ein- und Ausfuhr. — Maschinenwesen.] Trotz eines sehr unregelmäßigen Sommers, haben wir bis jetzt noch keinen schönen Herbst. Die letzte Hälfte des Septembers war rauh, nass und im letzten Grade unfruchtlich. Für die Landwirtschaft aber war in den letzten Wochen die Witterung nicht ganz ungünstig. — Durchdringende Negen haben die Ackerbestellung und Saat möglich gemacht, ebenso konnte durch die Feuchtigkeit die Kartoffel- und Rübenernte begonnen werden, mit letzteren Arbeiten ist man allerdings noch gar sehr zurück und ist deshalb ein recht langer, warmer Herbst zu wünschen. — Ueberhaupt in der October für die Landwirtschaft einer der wichtigsten Monate, denn während seiner Herrschaft concentriert sich trotz der kurzen Tage eine solche Masse von Arbeit jeglicher Art, daß ganz besondere Zeiteinteilung dazu gehört, um alle dringenden Beschäftigungen zu überwältigen. — Der weise Wetterprophet Schäfer Thomas, der alle Witterungsregeln als Stephisten verwirft, sagt sehr richtig: „Scheint im October die Sonne warm, — freut sich darüber Reich und auch Arm.“ — Möge letztere Regel für den October die maßgebende sein, denn nur ein langer, freundlicher Herbst ist für unsere Verhältnisse günstig zu nennen. Noth und Elend würden unabsehbar werden, wenn bereits in den nächsten Wochen Feld-, Forst- und Straßenarbeiten eingestellt werden müßten, wie viel tausende fleißige Arbeiter wütend beschäftigunglos werden und der allgemeine Mildeheitsgrad anheimfallen. Die landwirtschaftliche Herbstbestellung, d. h. die Entfernung der Winterfutter soll nach alten landwirtschaftlichen Erfahrungen in unserer Zone, Mitte des Monat October beendet sein, da uns die Praxis bereits gelehrt hat, daß in einzelnen allerdingen abnormalen Jahren der Winter in dieser Zeit mitunter schon einzutreten pflegt. — Der thätige, mit den ihn bestimmenden Factoren rechnende Landwirth ist um angegebene Zeit, bei nicht zu ungünstigen Witterungsverhältnissen auch mit seiner Winteraussaat zu Ende und arbeitet bereits der kommenden Frühjahrsbestellung entgegen. — Für Schlesien und die Nachbarprovinzen ist zeitige Herbstsaat, so weit es die klimatischen Verhältnisse und geographische Lage gestatten, Bedingung, wenn wir auf eine normale Durchschnittsperiode rechnen wollen. — Angemessene, tiefe Bodenbearbeitung ist der Auspessor einer regulären Winterbestellung, denn nur durch dieselbe kann man der Ackertrüme die ihr notwendigen Feuchtigkeitsgrade erhalten. — Bekannt ist es, daß die Fruchtbarkeit eines Ackerbodens mit seinem größeren oder minderen prozentischen Gehalt an Wasser abhängt. Unsere Getreidearten können in einem Boden nicht aedeien, der zu viel Feuchtigkeit, namentlich stagnierende enthält, — darum soll es das Bestreben des Landwirths sein, die Felder so zu bestellen, — daß sich womöglich die Feuchtigkeitsprocente für das ganze Jahr ausgleichen und ergänzen. — Ein nasser Boden erwärmt sich weit schwerer und auch langsamer als ein weniger feuchter, da das Wasser zum Erwärmern gegen seiner großen Wärme-Capacität viel Wärme besitzt, — ein nasser Boden ist daher nicht nur ein trockener, sondern immer ein unfruchtbare Boden. — Winterölfrucht läßt bis jetzt im Wachsthum nichts zu wünschen übrig. Seitige Saaten auf normalem Rapsboden, den Schlesien nur in wenigen Kreisen aufzuweisen hat, sind sogar späppig zu nennen. Der Erdlob hat ihm wenig geschadet, die meist so kühlen Nächte haben ihn geschütt. Andere Feinde des Rapses treten erst später auf und machen namentlich im Frühjahr seine Ernte in einer ungewissen. — Weizen wird überall noch stark gefädet und dauernd die Saat in den meisten Gegenden bis Ende des jüngsten Monats. Der bis jetzt gesetzte Weizen ist meist gut ausgegangen und wächst einzeln Striche in unserer Provinz recht normale Säten auf. Zu den Feinden der jungen Weizensäten sind außer den unerlässlichen Schneiden an Insekten die Weizenfliegen (Cecidomyia tritici), die getreifte Weizenliege (Chlorops pomonianus), der Saatknöllchenläufer (Elatess lineatus) &c. zu nennen. Die Maden dieser Insekten

saugen nicht nur im Herbst den Saft der jungen Stengel aus, sondern der überwinternde Theil zerfällt auch noch im nächsten Jahre die Halme, so daß diese bei starkem Wind und Regen leicht umknicken. Stark bewalzte Weizenfelder, die sich durch viele gelbe, absterbende Pflanzen kennzeichnen, überstreut man an windstürmen, haureichen Morgen mit einem Gemisch von zerfallenem Kalk (Kalthydrat), pulverisiertem Kupferbitriol und etwas trockenem Stachfurther Braumsalz. Pro Hectar rechnet man circa 300 Mg. dieser Mischung incl. von 25 Kilogr. Kupferbitriol. Auch ist ein späteres Beweiden der befallenen Säten durch Schafe zu empfehlen. Bei der immensen Produktion der Weizenpflanze erholt sich dieselbe sehr rasch und ist mitunter ein solcher im Herbst gewölkommener Schaden von seinem schädlichen Einfluß auf das weitere Wachsthum und Gediehen des Weizens. — Ueber Roggensaat läuft sich im Verhältnis zu den anderen Säten weniger sagen, trotzdem dieselbe im Allgemeinen als heended zu betrachten ist. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil bei starkem Roggenanbau ist das zeitige Pflegen des Aders, damit der Boden die richtige Gabre erlangt. Die vollkommen Alergahe oder Reife des Aders bildet ein so wichtiges Moment unserer Bodencultur, daß dieselbe weit mehr beobachtet werden müste. — Hin und wieder hört man Klagen über das Auftreten der sogenannten Roggenhafe (Acanthia lotella) namentlich auf leichten Sandböden. Diese Schabe gehört zu den gefährlichsten Feinden der jungen Roggensaat. Gegen diese sich stark vermehrenden Parasiten hilft nur ein flaches Aufdern der befallenen Säten, später ein scharfes Zusammenegnen und ein Verbrennen von den zusammengebrachten Resten der Vegetation. Ein späteres, dieses Saatpflegen zu irgend einer Sommerfrucht würde die noch etwa zurückgebliebenen Raupen in einen Zustand versetzen, die ihnen die Weiterentwicklung unmöglich macht. — Kartoffel- und Rübenernte sind in voller Gange. Leider sind unsere Voraussetzungen und Vorhersagungen bei dem Ertrag der Kartoffeln vollkommen eingetroffen und zwar durch die Qualität bedungen. Die Septemberregen haben wieder den Mutterboden für die Pilzporen der Peronospora infestans, resp. der nassen Zellenfäule ungleich begünstigt und freßartig hat diese Krankheit ihre Verheerung aufs Neue begonnen. Wir gehen durch den bedeutenden Aussfall der Kartoffelernte wieder einer trüben Zeit entgegen und wollen nur hoffen, daß man die gesunden Kartoffeln von den kranken sorgsam trennt, damit das Fortwuchsen des Pilzes in Mischen und Kellern ein Ende erreicht. — Auch das Kartoffelfrau, wie die kranken Kartoffeln entfernt werden, kann vom Zelte und compostire, welche zu Wiesendünger, damit die zählebigen Pilze resp. deren Mycelien auf keinen zugänglichen Mutterboden mehr gelangen. — Ueber den Ertrag der Rübenerne in qualitativer und quantitativer Beziehung läßt sich noch nichts Genau's mittheilen, doch glauben wir, daß der vorjährige Ertrag kaum erreicht werden dürfte. Die zweite Hälfte des Monats September ist für die Rübenerne während des Rüebildungsprozesses wegen der vielen Niederschläge zu ungünstig gewesen.

Der Gesundheitszustand unserer Viehstämme ist bis jetzt ein ganz günstiger. Mögen unsere Sperrmaßregeln genügen, damit die über den Grenzen drohende Rinderpest an ihren Herd gebannt bleibt. Die Langeweile unter den Herden Schleifens ist noch nicht ganz erloschen, October und November beginnen gern diese casitative Lungenentzündung, und ist deshalb um so größeres Vorrecht geboten. Man hütte seine Stämme vor Verabreitung von dumpfigem, verschimmeltem Futter, namentlich verdorbenen Fabrikflocken, wie Rübenpresse, Schlempe, Stärkeflocken &c. Zittert man während der Rübenerne viel Rübenblätter und abgeschaffte Kopfenden der Rüben, so verabsäume man nicht, den Rüben starke Salzleden zugänglich zu machen, auch verabreiche man denselben von Zeit zu Zeit Natron bicarbonicum. Bei starlem Abschürfen gebe man, namentlich tragenden Thieren, magenstärkende Mittel, wie Enzian, Kalmus, Kämmel &c., selbst in Verbindung mit verdünntem Altholz.

Der Getreidemarkt ist ein recht lebhafter, weil die Getreidepreise hoch sind und an ein Sintern unter den jetzigen Verhältnissen kaum zu denken sein dürfte. Roggen hat einen Preis erreicht, der selbst durch die gewagteste Speculation nicht zu dieser Höhe getrieben werden könnte. Diese anhaltende Steigung unseres wichtigsten Brogetreides, liegt in dem Ertrag-ausfall des Roggens im ganzen nördlichen und östlichen Europa. Russland mit Galizien bedarf größtenteils seine Ernte selbst und Ungarn hant zu wenig Korn, um uns damit versorgen zu können. Der Import an Roggen, den übrigen Getreidearten gegenüber ist gering und wird es auch bleiben. — Nachfrage und Export von Kartoffeln ist dieses Jahr geringer wie 1879 und wäre es dringend zu wünschen, daß wenigstens diese Frucht nicht von der allgemeinen Speculation ausgebettet würde. — Die Fluktuationen im Getreidehandel werden unserer Ansicht nach, bei verhältnismäßigen Preisen unbedeutend bleiben. — Mais wird zum Frühjahr, als Ertrag für Brennerei-Kartoffeln, ein gesuchter Artikel werden.

Das landwirtschaftliche Maschinenwesen hat dieses Jahr ungemein prosperirt und ist jetzt noch der Umfang in ähnlichen Artikeln (wie Drehschaltern) ein bedeutender zu nennen. — Von den Dampfdreschmaschinen macht die von Nobey u. Comp., Lincoln aus England, seit Jahren bekannt und gesucht, das meiste Aufsehen. Dieselbe hat bei der Weltausstellung zu Sidney 1880 den ersten Preis erhalten, und zwar bei einem Concurrenten der größten englischen und amerikanischen Fabrikanten. Die Dreschmaschine zeichnet sich durch ihren Betrieb-Eisenrahmen vortheilhaft vor ähnlichen aus und kommen vor später noch eingehender auf dieselbe zurück. — Auch der Dampfplus (Gummischalternystem) bricht sich immer mehr Bahn in Schlesien. Das System von Savage findet immer mehr Anhänger und dürfen wir in Jahren die Dampfcultur als vorherrschende bei stärkerem Hochfruchtbau finden. — Die kleineren Maschinenfabrikanten sind ebenfalls dieses Jahr mit ihrem Umfang recht zufrieden.

Berlin, 6. Octbr. [Börse.] Die heute eingetretene Ermäßigung des Banzhinshusses um ¼ p.C. hat auf die Haltung des Börsenverkehrs nur insofern einen Einfluß ausgebüttet, als sie trotz der wesentlich niedrigeren Notirungen eine Verfestigung nicht auslösen ließ. Die Abendbörsen hatten den Inhalt der durch „Reuters Bureau“ mitgetheilten neuesten jüdischen Note in recht ungünstiger Weise interpretiert und alle Course in weichende Richtung gebrängt. Die Wiener Börse konnte sich nicht allein nicht erholen, sie mußte vielmehr zu weiteren Coursermäßigungen schreiten, welche für Credit 1½ % gegen gestern Abend betrug. Hier trug man der politischen Lage dadurch Rechnung, daß man das Courseriveau stark ermäßigte. Man setzte Credit zu 48½% — 3½% M. niedriger als gestern ein, der Berlehr war Aufgang ein ziemlich belangreicher und nicht unfreudlich. Franzosen und auch Lombarden haben das Interesse der Speculation wieder verloren, erstere verloren 1½, letztere ½ M. Beide Börsen blieben unbeachtet. In großen Posten gingen Ung. Goldrente um, dieselben gingen um etwa ½ p.C. zurück, blieben aber zu dem gewohnten Preise zeitweise von guter Seite gesucht. Die anderen Rentengattungen hatten wenig Berlehr. Russische Anleihen mußten in Folge Londoner Verklause durchgängig ½ — ½ Prozent nachlassen und waren schwach. Bei ganz minimalem Gefälle verloren russische Noten 1½ M. Montanwerthe waren in Folge des ungünstigen Glasgower Verschaffungsanwesens und des niedrigeren Warrantpreises dringend angeboten. Laura und Darmstädter gingen in wenigen Minuten um ½ Prozent von ihrem Anfangspreise zurück. Inlandische Bahnen traten heute in den Hintergrund. Bergische und Oberschlesische blieben ohne Bewegung, nachdem sie circa ½ Prozent eingebüßt hatten. In den Speculationsbanken war es kaum etwas bewegter. Darmstädter um circa 1 Prozent gedrückt, auch Commandit um ½ Prozent weichend. Im weiteren Verlaufe bestätigten sich die Haltung ein wenig, die Course konnten sich um Kleinigkeiten erhöhen, der Geschäftsumfang blieb aber ein sehr begrenzter. Die von Paris eingetroffene Nachricht, welche den Gedanken einer Bloßirung der türkischen Häfen anregt, übte vorübergehend einen Coursdruck aus, das Angebot trat etwas dringender auf, Credit mußten von 48½% auf 48½% zurückgehen. Geld war heute flüssiger, erste Wechsel leicht mit 4% Prozent zu plazieren. Der Schluss blieb still und zeigte wenig Veränderungen.

Course um 2½ Uhr: M. Credit 482,50, Lomb. 140,50, Franzosen 475,50, Reichsbank 146,75, Disconto-Commandit 174,87, Handels-Gesellschaft 103,60, Laurahütte 119,50, Türken 9,80, Italiener 85,00, Österreichische Goldrente 74,87, Ungarische Goldrente 91,50, Dortmund Union 87,00, Österreichische Silberrente 61,75, do. Papierrente 60,75, Syrac. Russ. 91,2, Köln-Mindener 147,75, Rheinische 158,90, Bergische 117,12, Südmährische Rente 89,37, Russische Noten 206,00, II. Orient-Anleihe 57,87, do. III. 57,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) Österreich. Silber.-Coupon. 171,20 bez., do. Eisenbahn - Coupon 171,20 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,20 bez., do. Eisenbahn-Prioz. 4,20 bez., do. Papier - Doll. 4,20 bez., 6% New-York-City 4,20 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. t. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Marcau, Russ. Gold 20,47—46 Bez. B. 1822er Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Marcau-Wiener Comm. —, bez., Warschau-Teropol —, bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam

Schweizer min. Pf. Paris, Belga min. — Pf. Brüssel, Belg. Ost. Obligat. 20,35 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 6. Oct., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course] Londoner Wechsel 20, 415. Pariser Wechsel 80, 42. Wiener Wechsel 171, 45. Köln-Mindener Stamm-Aktion 147%. Rheinische Stamm-Aktion 158%. Hessische Ludwigsbahn 99%. Köln-Mind. Prämien-Akt. 130%. Reichsbank 147%. Darmstädter Bank 148%. Maininger Bank 95%. Österreich-Ungarische Bank 70, 00. Creditaction 240%. Silberrente 62. Papierrente 61. Goldrente 75. Ungarische Goldrente 91%. 1880er Lauf 121%. 1884er Lauf 30, 80. Ungarische Staatsloose 210, 80. Ungar. Rücknahmevertrag. II. 84½%. Böhmisches Westbahn 198%. Elisabethbahn 161%. Nordwestbahn 150%. Galizier 234%. Franzosen*) 237%. Lombarden*) 69%. Italiener —, —. 1877er Russen 91%. II. Orientanleihe 58%. Central-Pacific 110%. Lothringer Eisenwerke 84. Discont — Pf. Sehr matt.

Nach Schluß der Börse: Creditaction 239%. Franzosen 237%. Galizier 234%. Lombarden —, —. Ungar. Goldrente 91%. 1877er Russen —, —. II. Orientanleihe —, —. III. Orientanleihe —, —. *) per medio rest. per ultimo.

Hamburg, 6. Oct., Nachmittags. [Schluß-Course] Preuß. Avro-Son. 100%. Hamburg St. Pr. 12, 60. Silberrente 61%, Gest. Goldrente 74%, ung. Goldrente 91%, Credit-Aktion 239%, 1880er Lauf 121%. Franzosen 595, Lombarden 173, Italien. Rente 84%, 1877er Russen 91%. II. Orient-Akt. 56%. Vereinsbank 120%. Anglo-deutsche 75%, Laurahütte 119%. Nordb. 164%. Commerzbank 120%. Anglo-deutsche 75%, 5% Amerikanische 95%. Rhein-Eisenbahn 158%, do. junge 152%. Berg.-Märk. do. 117%. Berlin-Hamburg do. 236. Altona-Giel do. 154%. Discont 4% Matt.

Hamburg, 6. Oct., Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig. Weizen pr. October 198 Br., 197 Gd., pr. April-Mai 206 Br., 205 Gd. Roggen pr. October 189 Br., 188 Gd., pr. April-Mai 181 Br., 179 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rübel matt, loco 56%, pr. Mai 58%. Spiritus ruhig, pr. October 50% Br., pr. November-December 48% Br., pr. December-Januar 48% Br., pr. April-Mai 47% Br. Kaffee ruhig, Umlauf 1500 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 11, 20 Br., 10, 90 Gd., pr. October 10, 90 Gd., pr. November-December 10, 80 Gd. Wetter: Bedeut.

Liverpool, 6. Octbr. Nachmittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmäßiger Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagessimport 1000 Ballen amerikanische. Liverpool, 6. Octbr. Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische November-December-Lieferung 6%, December-Januar-Lieferung 6%, Febr.-März-Lieferung 6½%. D.

Dest. 6. Octbr. Borm. 11 Uhr. [Produktionsmarkt.] Weizen loco fest, gute Kauflust, Termine etwas fester, pr. Herbst 11, 65 Gd., 11, 70 Br., pr. Frühjahr 11, 87 Gd., 11, 90 Br. — Gerste loco —, —. Hafer pr. Herbst 6, 30 Gd., 6, 35 Br. — Mais pr. Mai-Juni 6, 30 Gd., 6, 35 Br. — Wetter: Trüb.

Paris, 6. Octbr. Nachmittags. [Producentenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, pr. October 27, 50, pr. Novbr. 27, 60, pr

